

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt und Amt Elsfleth. 1871-1933 1932

3 (7.1.1932)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-888614](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-888614)

Nachrichten

für Stadt und Amt Elsfleth

Die Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Im Falle von unverschuldeten Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Leitung: H. Zirt. Druck und Verlag von E. Zirt.



Anzeigenannahme bis spätestens Montag, Mittwoch, Freitag vormittags 9 Uhr. Größere Anzeigen tags vorher erbeten. Bei gerichtlicher Klage, Kontroversverfahren usw. wird etwa bewilligter Rabatt hinfällig.

Februar Nr. 90

Der Bezugspreis beträgt mit der Beilage „Heimat und Welt“ für den Monat 1.10 RM ausschließlich Bestellgeld. Anzeigenpreise: Die einspaltige Korpuszeile oder deren Raum 15 Pfg., auswärts 20 Pfg., Reklamezeile 50 Pfg. Für durch Fernsprecher aufgebene Anzeigen kein Einpruchsrecht.

Schließfach 17

Nr. 3

Elsfleth, Donnerstag, den 7. Januar

1932

Chronik des Tages.

— Reichspräsident v. Hindenburg empfing den Reichszankler zum Vortrag.
— In den nächsten Tagen wird der deutsche Botschafter in Paris, Herr v. Hoepf, erneut in Berlin erwartet. Gegenwärtig vertritt der amerikanische Botschafter in Paris, Edge, in der Reichshauptstadt.
— Wie verlautet, ist bei den letzten Verhandlungen über die Stillhaltung die Frage der Konfliktlösung vorläufig zurückgestellt worden. Im Vordergrund der Erörterungen steht jetzt die Verlängerung des bisherigen Stillhalteabkommens bis 1933.
— Nachdem nunmehr auch der nach der Verhaftung Parels neu gewählte Präsident des Indischen Kongresses, Prajard, verhaftet worden ist, wurde Ansari zum dritten Präsidenten gewählt.
— Auf der Karsten-Zentrumsgrube in Weuthen verurteilte ein heftiger Bergsturzlag einen großen Bruch. 15 Bergleute wurden verdrückt. Einer von ihnen wurde gerettet.

Wehrwille!

Deutschlands Stellung zur Abrüstungskonferenz.

— Berlin, 6. Januar.

Wahrsager und Propheeten aller Art haben in mehr oder weniger glaubhafter Weise dem neuen Jahre die verschiedensten Auswirkungen für das Schicksal Deutschlands in der gesamten Erde vorausgesagt. Es ist ein schlimmes Ding um solche Weissagungen, die freilich manche Zuhörer und selbst Gläubige haben, denn sie reizen die Nerven und peitschen die müden Seelen auf. Es hat aber keinen Zweck, daß sich die deutsche Menschheit die Köpfe darüber zerbricht, ob 1932 wirklich den zweiten Weltkrieg bringen wird, der nach der einen Lehre unser Vaterland in eine Einöde und einen einzigen Friedhof verwandelt, nach der anderen der Beginn des Aufstieges sein wird. Nichts von alledem gehört in den Bereich der Tatsachen, mit denen allein wir doch rechnen sollten. Also legen wir solcherlei Phantasmer beiseite!

Um anderes handelt es sich. Es geht darum, daß der deutschen Regierung auf der Genfer Abrüstungskonferenz im Februar 1932 durch die geschlossene, einseitige Haltung des deutschen Volkes ein fester Boden, eine klare Stellungnahme ermöglicht, kurzum, daß ihr das Rückgrat gefestigt wird. Bedauerlicherweise fehlt es in dieser Hinsicht noch erheblich in den breiten Massen des deutschen Volkes. Die Wehrfrage steht aber im Mittelpunkt, denn ohne die Angleichung Deutschlands an die anderen Mächte ringsumher im Hinblick auf Wehrfähigkeit und Wehrschutz fehlt uns die Bleistiftstellung als Macht und die Geltungskraft in der Welt. Die wirtschaftliche Wiederverstärkung steht die politische Macht voraus, diese aber beruht auf der militärischen Kraft.

Se näher nun der Termin der Abrüstungskonferenz heranrückt, desto mehr vernehmen die an ihrer Nichtabhaltung interessierten Mächte mit allen möglichen und unmöglichen Gründen der Weltöffentlichkeit klarzulegen, daß ihre Rüstung gerade jenes Maß von Sicherheit gewährleistet, das die Erhaltung der Selbstständigkeit ihres Landes erfordert. Erforderlich und um keine Ausrede vorlegen, haben die Franzosen erst kürzlich die kühne Behauptung aufgestellt, die deutschen Wehverbände bildeten eine geheime militärische Reserve der Reichswehr, und alle nur denkbaren zivilen Einrichtungen, zum Beispiel Zivilflugzeuge, könnten im Handumdrehen in Kriegsluftzeuge umgebaut werden.

Auch der französische Ministerpräsident Laval hat erst kürzlich darauf hingewiesen, daß der Belgier, der sich von Belgien bis zur Schweizer Grenze und die entmilitarisierte Westmark legt, ausschließlich der Verteidigung des Landes diene. Also die Angst vor dem plötzlichen Ueberfall von 100 000 Mann, die östlich der 50-Kilometer-Zone über ganz Deutschland verteilt stehen, soll erstnächst eine militärische Festungsanlage rechtfertigen, deren Erbauung überhaupt nur möglich war aus den Tributen, die das deutsche Volk in mehr als einem Jahrzehnt an Frankreich gezahlt hat! Leider hat weder in Genf noch sonstwo bisher der Delegierte einer der im Völkerbund vertretenen Mächte es unternommen, die Behauptung der Franzosen als Lächerlichkeit zu brandmarken. Das ist bedauerlich, denn dadurch werden Frankreich und seine Vasallenstaaten nur ermutigt, in der Abrüstungsfrage ihrer Phantasie die Zügel schießen zu lassen. Der polnische Außenminister Jaksel dreht jetzt die Dinge um und behauptet kühnlich, erst müsse die Sicherheit seines Landes gewährleistet sein, dann könne man von Abrüstung sprechen. Daß Deutschland ein unwiderlegbares Recht hat, die Abrüstung der anderen auf Grund des Verfallener Diktats zu fordern, wird glatt übersehen.

Glaube daher niemand, daß Frankreich und seine Vasallenstaaten in West und Ost ihren aktiven Heeresstand wesentlich abzubauen, ihre Reserven abzubauen, ihre soldatische Jugendbildung aufzugeben, ihre allgemeine Wehrpflicht opfern, ihre Schwerbewaffnung auf dem Lande, zu

See, namentlich aber in der Luft mindern oder gar vernichten werden! Das ist Irrglaube. Gewiß, es ist möglich, daß hier und dort Abstriche verprochen werden, daß in einigen Punkten gewisse Beschränkungen eintreten können. Zugegeben — aber Entschieden wird ganz sicher nicht erfolgen. Dazu ist die Gelamtweltlage viel zu gespannt, allzu stark mit Zündstoff geladen.

Und was folgere sich heraus? Deutschland muß sich zur Wehrfreiheit durchringen. Es muß erreichen, daß ihm der aktive Luftschutz, also die Luftwaffe, gestattet, daß ihm die schwere Artillerie, der Kampfpanzernwagen, zur See das Unterseeboot zu selbständiger Beschaffung anheimgegeben werden. Die Wirtschaftslage kann diese Notwendigkeiten nicht aufhalten. Hauptache aber bleiben die soldatische Jugendbildung auf vaterländischem Boden und die Umbildung der allgemeinen Wehrpflicht. Ohne diese Voraussetzungen werden wir untergehen, mit ihnen allmählich wieder so stark, so gesund werden, daß wir Selbstbestimmung und Recht wiederfinden. Wehrwille und Wehrgefühlna! Das ist die Entschuldigungsfrage 1932!

Stillhaltung bis 1933?

Neue Zwischenlösungspläne der Bankiers. — Kanzler-vortrag bei Hindenburg. — Botschafter Edge in Berlin. Auch Hoepf erwartet.

— Berlin, 6. Januar.

Reichspräsident von Hindenburg empfing den Reichszankler Dr. Brüning zum Vortrag. Nähere Mitteilungen über den Verlauf der Unterredung wurden nicht gemacht. Große Beachtung in politischen Kreisen fand die Ankunft des amerikanischen Botschafters in Paris, Edge, in der Reichshauptstadt. Wie es heißt, hat die Reife Edges einen rein privaten Charakter. Botschafter Edge sei nach Berlin gekommen, um an einem Essen teilzunehmen, das Botschafter Sadetz zu Ehren Francois-Poncet gebe. In deutschen politischen Kreisen ist man jedoch der Auffassung, daß Botschafter Edge seinen Aufenthalt in Berlin aus dazu benutzt, um mit deutschen Persönlichkeiten politische Tagesfragen zwanglos zu erörtern.

In den nächsten Tagen wird übrigens auch der deutsche Botschafter in Paris, Herr von Hoepf, erneut in Berlin erwartet.

Ueber die Reparationskonferenz hört man, daß die Vorbereitungen in Louvain mit größter Beschleunigung betrieben werden. Die Konferenz soll in dem historischen Schloß Duchy tagen, in dem im Jahre 1922/23 die Konferenz zwischen der Türkei und den alliierten Mächten stattfand. Die meisten Konferenzteilnehmer haben bereits in den großen Louvain Hotels Plätze belegt.

Was die Stillhalteverhandlungen betrifft, die von den Bankiers in Berlin geführt werden, scheinen jetzt alle Pläne für die endgültige Lösung der Frage der kurzfristigen deutschen Auslandsschulden in den Hintergrund getreten zu sein. Im Vordergrund der Erörterungen steht jetzt der Plan einer Verlängerung des bisherigen, im Februar ablaufenden Stillhalteabkommens um ein Jahr, wobei man Deutschland anscheinend etwas günstigere Bedingungen einräumen will.

Englische Konferenz-Vorarbeiten.

Das britische Programm für die Tribut- und die Abrüstungskonferenz.

— London, 6. Januar.

Die Ausschüsse des englischen Kabinetts halten vom heutigen Mittwoch ab tägliche Sitzungen ab. Zuerst wird die Tributfrage erörtert werden. Einige Minister, so meint der Korrespondent des „Daily Telegraph“, seien offenbar durch den sogenannten „City-Plan“ stark beeinflusst, der die Vertagung der Verhandlungen über eine endgültige Lösung der Tribute bis zum Sommer vorzieht. Demgegenüber halte man allerdings am liebsten daran fest, daß eine sofortige Regelung, auch wenn sie nur zeitweilig und begrenzt sei, bringend notwendig sei.

Die Pant von England soll den Handelsminister Rumciman sehr stark für ihren Plan interessiert haben. Auch der Gesundheitsminister Sir Sifton Young soll ihm sehr sympatisch gegenüberstehen.

Das englische Programm für die Abrüstungskonferenz enthält „Daily Telegraph“ zufolge u. a. die Forderung auf Herabsetzung der Linienstiftgröße auf 25 000 Tonnen, Begrenzung der Kreuzergröße auf 8000 Tonnen und Abschaffung der U-Boote. England werde in Gemeinschaft mit anderen Ländern, die sich für kleinere Linienstift einsetzten, nachweisen, daß die Größe von 25 000 Tonnen genüge, um alle amerikanischen Forderungen auf Geschwindigkeit und Aktionsradius zu erfüllen. England werde ferner auf einer Erörterung der U-Boot-Frage bestehen.

Man erwarte, daß Deutschland den Antrag auf Abänderung der Paragraphen des Verfallener Vertrages stellen werde, die ihm den Bau von U-Booten verbieten, und zwar unter Hinweis darauf, daß die Nachkriegsentwicklung bei allen Seemächten die Lage gegenüber den in Verfallenes gemachten Versprechungen der Alliierten auf völlige Abschaffung der U-Boote grundlegend verändert habe.

Europäisches Luftkartell?

Deutsch-französische Vorverhandlungen. — Jährlich zehn Zeppelin-Fahrten nach Südamerika vorgesehn.

— Berlin, 6. Januar.

Unter dem Vorhild Dr. Weigelts vom Reichsverkehrsministerium und unter Teilnahme Dr. Eckners begannen in Berlin deutsch-französische Luftfahrtverhandlungen. Es handelt sich hier um eine Fortführung der vor Weihnachten im deutsch-französischen Wirtschaftskomitee begonnenen Besprechungen. Man erstrebt zweckmäßige Vereinbarungen über die Zulassungsbedingungen und den Verkehr auf den deutsch-französischen Linien nach dem nahen und fernen Osten sowie eine engere Zusammenarbeit im Luftverkehr nach Südamerika.

Im Hinblick auf den Verkehr nach Südamerika ist u. a. eine Mitverwendung des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ vorgesehen, und zwar hat man zehn Zeppelinfahrten jährlich in Aussicht genommen.

Die von deutschen Zeitungen und dem Pariser Blatt „L'Homme Libre“ übernommene Nachricht, wonach die Bildung eines deutsch-französischen Luftverkehrstrusts beabsichtigt ist, wird von unterrichteter Seite als falsch bezeichnet. Die deutsch-französischen Verhandlungen schließen, so erklärt man, in keiner Weise die enge Zusammenarbeit Deutschlands mit anderen Ländern, z. B. mit Italien, Spanien und Südamerika aus.

Inhalts Regierung gestürzt.

— Inhalt, 6. Januar.

Das Plenum des Inhaftigen Landtags nahm in namentlicher Abstimmung einen Mißtrauensantrag der Deutschnationalen Volkspartei gegen das anhaltische Staatsministerium mit 19 gegen 17 Stimmen an. Darauf erhob sich Ministerpräsident Deiß und teilte den Rücktritt des Staatsministeriums mit. Die Neuwahl findet am Freitag statt. — Die alte Regierung legte sich aus Vertretern der Demokraten und den Sozialdemokraten zusammen.

NSDAP. zur Konferenzfrage.

Reichstagsabgeordneter Rolenberg fordert die Einberufung einer neuen Friedenskonferenz.

— Essen, 6. Januar.

Auf einer Kundgebung der NSDAP in Essen sprach der Hauptschriftleiter des „Völkischen Beobachters“, Reichstagsabgeordneter Rolenberg, über außenpolitische Fragen. Der Redner ging vor allem auf die beiden bevorstehenden großen Konferenzen, die Abrüstungs- und die Tributkonferenz, ein. Auf der Abrüstungskonferenz habe Deutschland einige Thesen vorzubringen und zu vertreten: den Rechtsanspruch Deutschlands auf allgemeine Abrüstung, seinen Anspruch auf das Mindestmaß der eigenen nationalen Sicherheit und die Verpflichtung des Völkerbundes zur Nachprüfung des Rüstungsstandes der Mächte.

Worauf eine aktive Außenpolitik hinarbeiten müsse, sei, nicht alle möglichen Konferenzen einzuberufen, sondern notwendig sei die Einberufung einer großen Friedenskonferenz. Man müsse mit der Auffassung der Gegner brechen und dieser gegenüberstellen, daß man es nicht mit Reparationen sondern mit Kriegskrediten zu tun habe, daß Deutschland in dieser Beziehung mehr als genug bezahlt habe.

Bei der Erörterung der Fragen der bevorstehenden Tributkonferenz erklärte Rolenberg, im Saal sei von den Franzosen erneut die Sanktionsklausel des Artikels 430 des Verfallener Vertrages in den Youngplan hineingelungelt worden. Es sei unverständlich, daß der Kanzler in einem Augenblick, wo er sich ansetze, zur Tributkonferenz zu gehen, die Nationalsozialisten bekämpfe, die mit ihrer ganzen Kraft für eine Revision entgegenstehen seien.

Eine zweite nationalsozialistische Kundgebung fand in Münster statt. Hier sprach Graf Reventlow. Graf Reventlow befahte sich u. a. eingehend mit den Reisen des Kanzlers nach London und Paris. Die NSDAP, sei niemals Gegner der Verständigung gewesen. Sie verziehe aber unter Verhinderung etwas, was auf Gegenseitigkeit vor sich gehe. Die NSDAP, sei auch bereit, mit allen Mächten zu verhandeln, weil sie nicht den Krieg, sondern den Frieden wolle. Die seit 1919 im Zeichen des Friedens und des guten Willens von Deutschland betriebene Politik habe aber die Kriegsgefahr nicht verringert, sondern sie immer größer werden lassen. Auch mit Frankreich und Polen sei die NSDAP zu Verhandlungen bereit, wenn diese realpolitisch irgendwie zweckmäßig seien.

Bei allen Verhandlungen sei aber Voraussetzung, daß man Deutschland nicht als Nation zweiter Klasse behandle. Reparationen erenne die NSDAP, nicht an. Sie erstrebe vielmehr die Wiederaufholung der Kriegschuldfrage. Auf der Abrüstungskonferenz müsse Deutschland mit aller Energie auf Abrüstung aller Staaten dringen. Komme sie nicht, so sei eine neue Lage geschaffen.

*** Brate.** Der Stadtmagistrat hat den Mietern der städtischen Wohnungen mitgeteilt, daß eine Senkung der Mieten für die städtischen Wohnungen auf Grund der Bestimmungen der vierten Verordnung nicht in Frage käme, da „soweit fremde Kapitalien für den Hausbau verwendet sind, eine Zinssenkung nicht eintritt und das eigene Kapital sich unter 6 Prozent verzinst, bzw. es sich um Neubauwohnungen handelt“. Die Mieter vertreten dagegen den Standpunkt, daß eine Senkung der Mieten auch für städtische Wohnungen in Rücksicht auf den allgemeinen Wohnbaubau unbedingt erforderlich sei. Die entsprechenden Schritte zur Beseitigung dieser Mißbilligkeiten sind eingeleitet.

*** Nordenham.** Etwa ein Duzend Seeleute eines dänischen Dampfers, darunter auch Deutsche, benahmen sich am Sonntagabend außerordentlich rüpelhaft. In der Viktoria-Diele zertörten sie unter Drohungen den Bierkaffee, den Bierkran und einige Gläser. Auch in das Café Viktoria drangen sie ein, obwohl der Besitzer des Lokals sie am Vortreten verhinderte. Schließlich wurde die Schupo herbeigerufen, die die Seeleute mit dem Gummiknüttel auseinandertrieb. Doch bald hatten sie sich wieder gefunden, und nun ging es auf die Polizei- und Gendarmeriebeamten los. Bei dieser Schlägerei wurden die Polizeibeamten mit Gletschalterfeinen beworfen. Die Mehrzahl der Schreier ergriff Johann die Flucht, jedoch konnten die Hauptfahrenden und wildsten Burschen von dem Gendarmeriekommissar Engelbert mit vorgehaltenem Revolver am Palastor gestellt und hinter Schloß und Riegel gebracht werden. — Es ist tief bedauerlich, daß sich bei diesen Ausschreitungen auch deutsche Matrosen darunter befinden.

*** Oldenburg, 5. Januar 1932.** Zentralviehmarkt. Amtlicher Marktbericht. Zug- und Nutztiermarkt. Auftrieb: 98 Stück Großvieh, darunter 14 Kühe.

Es folgten:

hochtragende Kühe	1. Qualität	300—355 RM
"	2. Qualität	240—290 "
"	3. Qualität	180—230 "
tragende Rinder	1. Qualität	270—290 "
"	2. Qualität	170—260 "
Zuchttullen	"	170—250 "
Zuchtkälber (bis 14 Tage alt)	"	20—30 "

Ausgelagerte Tiere aller Gattungen vereinzelt über Notiz. Marktverlauf: Sehr schlecht, Ueberfland.

*** Oldenburg, 5. Januar 1932.** Eine verhängnisvolle Probefahrt unternahm am 14. August v. J. der aus Ostfriesland stammende, in Oldenburg wohnende 46jährige Händler Albert Ginders und dessen 19jähriger Sohn Lambertus, der Maschinenbauer ist. Beide sind unbefristet und machen einen durchaus biederen Eindruck. Sie hatten ein Personenauto zu einem Lastkraftfahrzeug umgebaut und wollten es auf der Alexanderstraße, bzw. Chaussee ausprobieren. Zu diesem Zwecke koppelten sie es hinter ein Dreirad-Auto, auf dem der Vater saß, während sein Sohn den geschleppten Wagen bediente. Dieser war erklärlicherweise

noch nicht mit Kennzeichen und Hupe versehen. Beim Vürgerbüsch wurde die Koppelung beseitigt, um den Probewagen mit eigener Kraft fahren zu lassen. Das andere Auto bewegte sich jedoch in behaltener Entfernung vor ihm. Die Geschwindigkeit war mäßig. Gegen 8 Uhr kam zurückerwartend ein entgegengekommener Traktor der Reichswehr der 10. und 11. Kompanie. Während das erste Auto glatt vorbeiglangte, fuhr das zweite einen Obergangen über ein mit eisigen Schnee bedecktes Weges brennend in ein Haus getragen und kam dort erst allmählich wieder zu sich. Mehrere Tage mußte er im Krankenhaus verbringen. An der Unfallstelle war die StraÙe etwas abschleppend. Der Soldat ist wahrscheinlich an seinem etwas absteigenden Schanzzeug erkrast worden. Die weitere Folge dieses Unfalles war eine Anklage gegen Vater und Sohn H. wegen fahrlässiger Körperverletzung und Verschwendung gegen die Bestimmungen der Kraftfahrzeugordnung. Beantragt wurde gegen H. jun. 50 RM und gegen H. sen. 100 RM Geldstrafe. Die Angeklagten versicherten, daß sie langsam und vorsichtig gefahren seien und zu der Probefahrt auch vorsichtshalber die frühe Morgengröße benutzt hätten, zu der noch nicht starke Berke herrsche. Auch das Gericht kam zu einer milden Auffassung betreffs der Schuld der Angeklagten und verurteilte jeden zu einer Geldstrafe von 50 RM. — Aus Not zum Fahrrad dieb geworden. Der Sattler Fritz Waage, geboren 1909 in Jankterburg, wurde in Essen, wo er vor Jahresfrist beschäftigt war, zum Sommer entlassen. Um nicht arbeitslos zu bleiben, schlug er sich dann bei einem Landwirt durch, aber die Stellung verlor er ebenfalls wieder bei Eintritt des Winters. So gelangte er auf die Landstraße und wanderte über Osnabrück nordwärts. In Delmenhorst entwendete er am 9. Dezember ein auf dem Fluß einer Wirtschaft stehendes unangehobenes Fahrrad, fuhr damit nach Oldenburg und verfuhr es dort bei einem Händler zu verkaufen. Dieser benachrichtigte die Polizei, und M. wurde verhaftet. Er behauptet, aus Not zum Diebe geworden zu sein. Der Angeklagte erhielt antragsgemäß die übliche für solche Fahrraddiebstähle geltende Strafe von 3 Monaten Gefängnis. Jedoch wurde ihm die Unterjuchungsfrist angedehnet und für den letzten Monat Aufschub gewährt. — Allerhand Unheilsigkeiten beging der vorbeistrafte Kaufmann Walter Langholz, wohnhaft in Breslau, der im Oldenburger Lande Salus-Apparate für eine auswärtige Firma vertrieb. Er erschien im August v. J. mit einem jungen Mädchen, das er für seine Frau ausgab, per Rad in Rastede. Dort wurde ziemlich flott gelebt und die Bekanntschaft eines Bierverlegers in einem Gasthof gemacht. Die beiden Fremden waren aber keineswegs im Besitze von Geldmitteln und so verpfändete U. die beiden Räder für ein Darlehen von 40 RM, löste sie aber nicht, wie versprochen, wieder ein. Es stellte sich dann heraus, daß die Räder gestohlen waren. Ferner unterschlug U. mehrere auf Salus-Apparate von Einwohnern Rastedes und Oldenburg angezahlte Beträge. In Feuer ließ er sich eine Anzahlung von 20 RM geben, obwohl er damals nicht

mehr die Bekretung hatte. Der Muster-Apparat, Eigentum der Firma, wurde ebenfalls verpfändet. Der in Straßhaft zu Breslau befindliche Angeklagte war vom Erscheinen zu der Verhandlung wegen der weiten Entfernung entbunden. Er wurde über den auf 6 Wochen Gefängnis lautenden Antrag zu 8 Wochen Gefängnis verurteilt.

*** Oldenburg.** Der Stand des Volksbegehrens. Für das Volksbegehren auf Auflösung des Landtages sind bislang bereits 11 000 Einzeichnungen erfolgt. Das ist mehr als die Hälfte der erforderlichen 20 000 Einzeichnungen. Da in die bisherige Zeit die Freitagage fielen, erwarten die Nationalsozialisten mit Bestimmtheit, daß weit mehr als 20 000 Einzeichnungen insgesamt erfolgen werden. — Die nationalsozialistische Fraktion des oldenburgischen Landtages hat in einer Eingabe das oldenburgische Staatsministerium aufgefordert, von der Reichsregierung die sofortige Aufhebung der vierten Verordnung zu verlangen.

*** Zetel.** In der hiesigen Gegend kam ein eigenartiger Verkauf zustande. Auf einem Holzverkauf erstand ein Käufer 16 Eichenstämmen, die auch ein Stellmachermeister recht gern für sich erworben hätte. Er setzte sich mit dem Käufer der Stämme in Verbindung, und da dieser für den Weiterverkauf nur eine Förderung von 4 Pfg. für den ersten Stamm und für jeden weiteren Stamm das Doppelte des vorigen Stammes stellte, glaubte der Stellmacher recht günstig zu fahren und nahm das Angebot schleunigst an. Eine große Enttäuschung erlitt er aber, als ihm die Rechnung aufgemacht wurde. Für die 16 Stämme ergab sich nach dieser Rechnungsart die nette Summe von etwas über 1310 RM, die er nunmehr zu zahlen hat.

*** Papenburg.** Daß heute Arme vor unsere Türen kommen und um eine Gabe für Frau und Kinder bitten, ist gewiß keine Seltenheit, daß aber ein nicht ganz jugendlicher „Münzjammler“ am Tage nach Weihnachten in den Händen der als wohltätig bekannten Familien erwiesenen und um eine Unterstützung bat, damit seine Frau, welche an einer östereichischen Universitäts ihre Semester belegt hat, ihre medizinischen Studien fortsetzen könne, diese Tatsache hätte selbst das Kopfschütteln bei Ven Albia erregt. Der Fremde, ein Österreicher, belegte seine Behauptungen durch zahlreiche Bescheinigungen aus allen Gegenden Deutschlands und mit Briefen und amtlichen Urkunden verschiedenster Art und führte so den Nachweis von der Richtigkeit seiner Erzählung.

*** Neuenburg.** Zur Ausübung der Jagd gehört nicht nur eine Kinte, sondern es gehören auch die notwendigen Papiere (Jagdarten) dazu. Im letzten Tage im alten Jahre verfuhr nun die Einwohner U. und F. ohne diese Papiere das Waldhandwerk auszuüben. Aber mit des Schicksals Mähen — — — Die Gendarmerie erschien auf den Plan und trotz aller Beteuerungen, man wolle nur einen Fisch schießen, wurden die Gewehre in Gewahrsam gebracht. Ein gerichtliches Nachspiel wird die Jagdgesellschaft überbetung bestimmt zur Folge haben.

Amtsgericht

Geschäftsnummer: K 16/31
Eisfleth, den 17. Dezember 1931

Zwangsvollstreckung

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Eisfleth, Mittersweg, belegene, im Grundbuche der Stadtgemeinde Eisfleth, Katasterbezirk Eisfleth-Stadt, Band 1, Artikel Nr. 36, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Landwirts und Bierverlegers Emil Ahlers in Oberree eingetragene Grundstück, groß: 80,81 ar Flächeninhalt, 66,67 M. Grundsteuer = Reinertrag, 183. — M. Mietwert, am **9. Februar 1932, vormittags 10 Uhr**, durch das oben bezeichnete Gericht — an der Gerichtsstelle — versteigert werden.



Großer Lichtbildervortrag

am Sonntag, d. 10. Jan., nachm. 3.30 Uhr, in Geislers Hotel

Die örtlichen Bauwirtsleistungen in Wort u. Bild. Staunen erregende Leistungen der Selbsthilfe!

Niemand veräuße den Besuch des mit Humor gewürzten Vortrages

Jedermann ist herzlich willkommen. Eintritt 20. *f* Bau- und Wirtschaftsgemeinschaft, e. G. m. b. H., Nordenham

Badeanstalt Arnold Ahlers

Wannenbäder / Duschenbäder
Heißluft- u. Dampfbäder
Badezeit täglich von 9—19 Uhr

Morgen Freitag **frische Grütz- und Blutwurst ff Würstchen**
Hans Baumeister

Umzuleihen auf erste Hypothek
1500 RM
Nachzutr. in der Geschäftsst.

Zurück

Augenarzt
Dr. Kübler
Oldenburg i. O.

Zwangsvollstreckung

Am Freitag, d. 8. Januar, nachm. 3 Uhr, gelangen in August Gasthaufe:

- 135 Fl. Süßwein
- 86 Fl. Weißwein
- 46 Fl. Sekt
- 2 Fl. Rognak
- 3 Fl. Kirchwasser
- 2 Fl. Likör
- 5 Fl. Boonekamp
- 13 Fl. Rotwein
- 1 Flobert
- 1 eid. antiker Söhrank mit Verzierung
- 1 Akerwagen
- 1 weißbunte Kuh
- 1 schwarzbunte Kuhkalb
- 2 fette Schweine und 10 Hühner

gegen Verpfändung zur Versteigerung.
Eisfleth, den 6. Januar 1932
Wilken, Obergerichtsvollzieher.

Freitag von 5—7 Uhr: **Prima Rohfleisch** bei Ww. Popten **W. Hohn.**

Reparatur

sämtlicher elektrischer Maschinen und Apparate

Ankerwickelerei

Auto-Licht- und -zündung

Albert Greiner, Ing.

Mechanische Werkstatt
Mühlenstr. 29 (vorm. Fastje)
Zu verkaufen ein prima fettes

Schwein

Gerh. Janßen, Nordmoor

Eisfleth Männer-Gesang-Verein
Heute abend **Übung**
Der Vorstand
Eisfleth-Lienen
Sonntag, d. 10. Januar
Tanzfränzchen
Es ladet freundlich ein **Fr. Eilers**

Papier- u. Schreibwaren

H. Bargmann

Buchhandlung

Sonnabend, d. 9. Januar
prima fettes Schweinefleisch
Pfund 60—80 *f*
Bitte um vorher. Bestellungen
Nehme Fleischarten in Zahlung
Krusse
Steinstraße 37

DANKSAGUNG
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unserer lieben Entschlafenen sagen wir auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank
J. Meyer Ww. und Angehörige
Eisfleth-Oberree

Deutsche, lest

Ludendorffs Volkswarte!

Bezugspreis: RM — 86 monatlich (einkl. Postgebühren)
Bestellungen nehmen an sämtliche Postanstalten, wie auch deren Briefträger

Tivoli-Tonlichtspiele

Vorzugskarten, nur für die Sonnabend-Vorstellung gültig, bei Herren G. Dyedmer, P. Schumacher und im Kaufhaus Kunkel

Verein der Freunde der Seefahrtsschule Eisfleth

Donnerstag, den 7. Januar 1932, pünktlich abends 8 1/2 Uhr, im „Tivoli“

Gastspiel Senta Maria-München-Solln

Getanzte Pantomimen

nach Musik von Bizet, Janacek, Krenek, Niemann, Sibelius, Joh. Strauß, Jitker u. a. m.

Program:

1. Alarm
2. Kriminalgeschichte
3. Angst
4. Ungarische Lieder
5. Romanze
6. Menuett zu Dreien

Pause

7. Vor der Mater Dolorosa
8. Phantom im Nebel
9. Leiermann
10. Das Rendezvous

Am Flügel: Kapellmeister Alfred Waneck

Die Saalüren werden pünktlich um 8 1/2 Uhr geschlossen. Die Mitgliedskarten bitten wir am Eingang vorzuzeigen. Eintrittskarten für die Schüler der Seefahrtsschule, wie der städtischen Schulen sind gegen ein Eintrittsgeld von 50 Pfg. am Saaleingang zu lösen.

Dieser Tanzabend ist auch für Nichtmitglieder frei und kostet die Eintrittskarte RM 1.50.
Es wird gebeten nicht zu rauchen.
Programm ausschneiden!